

Presse-Information

Nr. 963

11. März 2010

Heute mit folgenden Themen:

- **Maximaler Schutz für wenig Geld –
EAC fordert einheitliche Regelungen für Warnwesten**
- **Bundesregierung hat neues Verkehrssicherheitsprogramm in Arbeit**
- **Deutschland ist Europameister bei Übernachtungen**
- **Motorradverband fordert Änderungen beim Führerschein**
- **Trend zum Urlaub im eigenen Land setzt sich 2010 fort**
- **Lenk- und Ruhezeiten auch für Fahrer von Kleinlastern gefordert**

Maximaler Schutz für wenig Geld – EAC fordert einheitliche Regelungen für Warnwesten

Bad Windsheim (ARCD) – „Wir wollen die Warnweste für alle Europäer. Ihre Verwendung soll europaweit einheitlich geregelt sein, zumindest auf Autobahnen und Schnellstraßen.“ Mit diesen Worten startete der Präsident des Verbundes Europäischer Automobilclubs (EAC) Peter Stuppacher am Mittwochabend im Europäischen Parlament in Brüssel eine gemeinsame Initiative mit dem Verkehrsausschussmitglied und Delegationsleiter der Österreichischen SPÖ-Abgeordneten im Europaparlament, Mag. Jörg Leichtfried. In 14 EU-Staaten gibt es noch gar keine Regelungen, darunter in sehr bevölkerungsreichen wie Deutschland. Eine Warnwestenpflicht gibt es derzeit in 13 von 27 EU-Mitgliedsstaaten: Belgien, Bulgarien, Finnland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Österreich, Portugal, Rumänien, Spanien, Slowakei, Slowenien und Ungarn. Allerdings ist der Einsatz der Warnweste in diesen Ländern unterschiedlich geregelt. Zum Beispiel müssen in manchen Staaten lediglich die Fahrer eine Warnweste tragen, in anderen hingegen auch alle Mitfahrer. „So einen Flickenteppich brauchen wir nicht“, kommentiert Leichtfried. Auch Stuppacher betont: „Unterschiedliche Insellösungen bei offenen Grenzen machen keinen Sinn, schon gar nicht, wenn rasches Handeln lebensrettend sein kann. Warum sollen 246 Millionen Europäer nicht haben, was für 252 Millionen Europäer selbstverständlich ist? Die Verwendung von Warnwesten schreit nach einer europäischen Lösung!“ Eine Forderung, die auch der Auto- und Reiseclub Deutschland (ARCD) als Gründungsmitglied des EAC aktiv unterstützt. In Österreich, wo bereits seit 2005 eine Warnwestenpflicht besteht, zeigen sich deren Vorteile eindrucksvoll: Die Unfallbilanz auf Autobahnen und Schnellstraßen hat sich dort seit der Einführung der Warnwestenpflicht deutlich verbessert. Die Zahl der Unfälle hat sich um 39 % reduziert, die der Verunglückten ist sogar um 53 % zurückgegangen. Zusätzlich wies das österreichische EPIGUS-Institut für ganzheitliche Unfall- und Sicherheitsforschung nach, dass Warnwesten zu einem Sicherheitszuwachs beitragen. „Wer in der Nacht auf dem Pannestreifen steht und eine Warnweste trägt, wird von den anderen Autofahrern im schlechtesten Fall vier Sekunden vor dem Vorbeifahren gesehen. Bei einer Fahrtgeschwindigkeit von 110 km/h ist man also 120 Meter vorher sichtbar“, brachte Mag. Christoph Pfleger, Geschäftsführer der viewpointsystem gmbh, das Kernergebnis der Studie auf den Punkt. „Ohne Warnweste ist man quasi unsichtbar und hat vor allem in der Nacht null Chancen, von anderen Verkehrsteilnehmern gesehen zu werden.“



Presse-Information

Als Ergebnis des Parlamentarischen Abends in Brüssel bringt Leichtfried als Abgeordneter des Europäischen Parlaments eine schriftliche Anfrage an den EU-Verkehrskommissar Siim Kallas ein, die folgende Forderungen enthält:

- Mitnahme- und Tragepflicht von Warnwesten für Pkw-Fahrer in ganz Europa.
- Eine einheitliche Verwendung von Warnwesten in ganz Europa, zumindest aber auf Autobahnen und Schnellstraßen.
- Die Empfehlung, dass im Bedarfsfall nicht nur Fahrer die Weste tragen sollen, sondern auch alle Insassen.

Auf eine derartige schriftliche Anfrage muss die EU-Kommission auf alle Fälle reagieren. Dazu Leichtfried: „Wir hoffen, dadurch mit wenig Aufwand einen wichtigen Schritt zu mehr Verkehrssicherheit für alle Menschen in Europa gesetzt zu haben.“ **ARCD**

Diese Meldung hat 3.407 Zeichen.

Bundesregierung hat neues Verkehrssicherheitsprogramm in Arbeit

Bad Windsheim (ARCD) – Um eine weitere deutliche Senkung der Zahl der Verkehrstoten ging es bei einer gemeinsamen Veranstaltung des Deutschen Verkehrssicherheitsrates (DVR) und der Deutschen Verkehrswacht (DVW) in Berlin. „Unsere eigene Vision ist, dass es einmal keine Verkehrstoten mehr geben wird“, sagte der Präsident der DVW und frühere Verkehrsminister Kurt Bodewig. „Vision Zero bedeutet unendlich viele kleine Schritte zur Verbesserung der Verkehrssicherheit“, erklärte Dr. Walter Eichendorf, Präsident des DVR. „Verkehrsunfälle richten pro Jahr 32 Milliarden Euro volkswirtschaftlichen Schaden an. Aber noch viel schlimmer ist das menschliche Leid, das sie verursachen können.“ Staatssekretär Prof. Klaus-Dieter Scheurle vom Bundesverkehrsministerium betonte, dass sich die Bundesregierung zu einer sicheren Mobilität bekenne. Das neue Verkehrssicherheitsprogramm, das derzeit vorbereitet werde, sei die gemeinsame Basis für die Zukunft. Als Handlungsfelder nannte er die besonders gefährdeten jungen Fahrer, motorisierte Zweiradfahrer sowie die höhere Unfallgefährdung auf Landstraßen. Scheurle gestand ein, dass der Erhalt und Ausbau der Verkehrswege in der Vergangenheit immer unterfinanziert war. Der Staatssekretär sieht in Zeiten knapper Mittel noch Einsparungspotenziale bei den Verwaltungskosten im Straßenbau. Die praktische Verkehrssicherheitsarbeit soll künftig nach Plänen der Bundesregierung zwischen Bund, Ländern, Verkehrssicherheitsrat, Verkehrswacht und den Automobilclubs besser vernetzt werden. Daneben nannte Scheurle noch weitere Vorhaben der Bundesregierung: Die Einfahrverbote in Umweltzonen sollten dort gelockert werden, wo die Einsparung an Emissionen in keinem vernünftigen Verhältnis zu den Nachteilen, zum Beispiel für den Wirtschaftsverkehr, stünde. In dieser Legislaturperiode soll das Verkehrszentralregister „ent-rümpelt“ und leichter verständlich gemacht werden. Künftig sollen alle Fahrzeuge so genannte Rettungskarten an Bord haben, damit die Feuerwehren eingeschlossene Insassen nach Unfällen möglichst schnell befreien können. Die Datenblätter enthalten die wichtigsten technischen Informationen über das Fahrzeug auf einen Blick: Angaben über Karosserie, Stahl-Verstärkungen, Lage der Airbags, Batterien, Steuergeräte und Tanks. Inzwischen hat Verkehrsminister Dr. Peter Ramsauer eine entsprechende Änderung der Straßenverkehrsgesetze und der Fahrzeugzulassungsverordnung auf den Weg gebracht, wie sie auch vom Auto- und Reiseclub Deutschland (ARCD) seit längerem gefordert wird. Nach Unterschieden zur Vorgängerregierung befragt, sagte Scheurle, dass die jetzige



Presse-Information

Bundesregierung im Vorfeld europäischer Entscheidungen künftig mehr Einfluss in Brüssel nehmen will, weil die Stimmverhältnisse nicht mehr von der Größe eines Mitgliedlandes abhängen. DVR-Präsident Eichendorf wies darauf hin, dass bei einer lediglichen Verstetigung der Mittel für die Verkehrssicherheitsarbeit real immer weniger Geld durch den Kaufpreisverlust zur Verfügung stehe. Er stellte die Frage zur Diskussion, warum die Null-Promille-Regelung nur bei Fahrenfängern greife und nicht auch bei allen Fahrzeuglenkern. Zum Schluss der Veranstaltung beschwor Eichendorf unter lebhafter Zustimmung von DVW-Präsident Bodewig den Verkehrsstaatssekretär: „Nutzen Sie diese Legislaturperiode für die Verkehrssicherheit!“

ARCD

Diese Meldung hat 3.399 Zeichen.

Deutschland ist Europameister bei Übernachtungen

Bad Windsheim (ARCD) – Mit über 345 Millionen Übernachtungen in gewerblichen Gastbetrieben (ohne Touristik-Camping und Privatunterkünften) ist Deutschland die Nummer eins in Europa. Damit liegt die Bundesrepublik im zweiten Jahr in Folge vor Spanien und Italien. „Die deutschen Destinationen konnten gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten von der stabilen und großen Inlandsnachfrage profitieren“, sagte Reinhard Meyer, Präsident des Deutschen Tourismusverbandes e.V. (DTV), bei der Vorstellung des Sparkassen-Tourismusbarometers in Berlin. Diese jährliche Studie des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) analysiert die Entwicklung des Tourismus und seine wirtschaftliche Bedeutung. Während die europäischen Nachbarn – mit Ausnahme der Niederlande – 2009 Rückgänge bis in zweistelliger Höhe zu verkraften hatten, gab es für Deutschland bei den Übernachtungszahlen nur einen minimalen Rückgang von 0,2 Prozent. Zudem kamen im Vorjahr bundesweit 87 Millionen Übernachtungen in Privatunterkünften und 25,1 Millionen im Touristik-Camping hinzu. Besonders punkten konnten wieder die Städte sowie die Küstenländer an Nord- und Ostsee. Die Metropolen Berlin und Hamburg hatten 2009 Zuwächse von 6,2 und 6,0 Prozent in gewerblichen Betrieben und im Touristik-Camping. Zu den regionalen Gewinnern gehören Mecklenburg-Vorpommern (+ 3,3 Prozent) sowie Schleswig-Holstein und Niedersachsen mit einem Plus von je 1,9 Prozent. Deutliche Einbußen mussten hingegen die deutschen Mittelgebirgsregionen hinnehmen. Sie blieben in den letzten neun Jahren stets hinter dem Übernachtungsvolumen des Jahres 2000 zurück (– 5,9 Prozent), während der Deutschlandtourismus insgesamt in diesem Zeitraum um 6,2 Prozent zulegte. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sank die Zahl der ausländischen Gäste in Deutschland (54,8 Millionen Übernachtungen) in 2009 um drei Prozent. Jeder Übernachtungsgast gibt nach Zahlen der Consultingfirma DWIF in Deutschland 116 Euro pro Tag aus, wobei die Durchschnittswerte in den Reiseregionen stark schwanken. Sie reichen von 73,50 Euro pro Kopf und Tag im Hunsrück bis zu 212,20 Euro in München. Entscheidend für die weitere Entwicklung des Deutschlandtourismus sind laut DTV-Präsident Reinhard Meyer die Qualität der Angebote, der Innovationsgeist der Anbieter und die Unterstützung der Akteure durch die Politik auf allen Ebenen. **ARCD**

Diese Meldung hat 2.413 Zeichen.



Presse-Information

Motorradverband fordert Änderungen beim Führerschein

Bad Windsheim (ARCD) – Wer seinen Pkw-Führerschein vor dem 1. April 1980 erworben hat, darf damit auch Motorräder und Roller bis 125 Kubikzentimeter Hubraum fahren. Dieser Stichtag liegt nunmehr schon 30 Jahre zurück. Jetzt fordert der Industrieverband Motorrad (IVM) von der Politik, diese Möglichkeit auch Pkw-Führerscheinbesitzern zu eröffnen, die ihre Fahrerlaubnis nach diesem Datum erworben haben. Als Voraussetzungen nennt der IVM, dass der Führerschein mindestens fünf Jahre alt ist und sein Besitzer eine besondere Motorradschulung absolviert hat. Außerdem wünscht sich der Verband, dass das Einstiegsalter der 50-Kubik-Klasse (max. 45 km/h) von 16 auf 15 Jahre gesenkt wird. Damit sollen bürokratische Hürden für preiswerte und ressourcenschonende Mobilität gesenkt werden, begründet der IVM sein Ersuchen. Schließlich gehöre individuelle Mobilität zu den zentralen Ansprüchen der Gesellschaft. Ohne sie seien Arbeits- und Bildungsplätze oft nur schwer oder gar nicht zu erreichen. Mit seinen Vorschlägen will der Motorradverband auch den Absatz von kleinen Motorrädern, der wegen der Abwrackprämie eingebrochen ist, neu ankurbeln. Der IVM fordert von der deutschen Politik, dass sie sich auf europäischer Ebene für eine entsprechende Änderung der Führerscheinrichtlinie einsetzt. Der Auto- und Reiseclub Deutschland (ARCD) hält die Vorschläge für überlegenswert. Wer zuverlässig seit Jahren ein Auto im Verkehr steuern kann, sollte nach entsprechender Einweisung auch in der Lage sein, ein Leichtmotorrad zu fahren. Vor der Herabsetzung des Einstiegsalters auf 15 Jahre für die 50-Kubik-Klasse sollten allerdings entsprechende Studien und Modellversuche unternommen werden. **ARCD**

Diese Meldung hat 1.742 Zeichen.

Trend zum Urlaub im eigenen Land setzt sich 2010 fort

Bad Windsheim (ARCD) – Eine Eurobarometer-Umfrage zur diesjährigen Urlaubsplanung der Europäer zeigt, dass ein Drittel der befragten Bürger über 15 Jahre 2010 einen Urlaub im eigenen Land plant. Fernreisen scheinen weniger populär zu sein als noch im Vorjahr: Nur 15 Prozent gaben an, Urlaub außerhalb der Europäischen Union verbringen zu wollen – gegenüber 20 Prozent im Vorjahr. 28 Prozent Unentschlossene konnten im Februar noch nicht sagen, ob und wo sie ihren Jahresurlaub verbringen werden. Nur 21 Prozent waren sich sicher, dieses Jahr auf Reisen verzichten zu müssen. 7 Prozent hingegen meinten, sich einen Urlaub von über zwei Wochen und mindestens eine weitere kurze Reise leisten zu können. Gemessen am Rekordtief des vergangenen Jahres, in dem 33 Prozent aller Europäer überhaupt keine Urlaubsreise unternommen hatten, eröffnete das Umfrage-Ergebnis „vierversprechende“ Aussichten für die EU-Tourismusbranche, so EU-Fremdenverkehrskommissar Antonio Tajani: „Beinahe 50 Prozent aller EU-Bürger haben bereits eine Urlaubsreise im Jahr 2010 geplant, und sie sind auch etwas optimistischer, was die Finanzierung des Urlaubs betrifft.“ Rund 46 Prozent der EU-Bürger gaben an, genug Geldmittel für den Urlaub zur Verfügung zu haben – 5 Prozent mehr als noch im Vorjahr. Ähnlich wie 2009 meinten 10 Prozent der Umfrageteilnehmer, dass ernste finanzielle Probleme ihre Urlaubspläne vereiteln könnten. Die statistischen Erhebungen der EU-Kommission weisen für das Jahr 2009 einen gesamteuropäischen Rückgang der Übernachtungen um 5,1 Prozent aus, wobei der Rückgang bei Auslandsgästen (– 9,1 Prozent) drastischer ausfiel als bei Gästen aus dem jeweiligen Inland (– 1,6 Prozent). Die Pro-Kopf-Ausgaben pro Urlauber sind im Vergleich zu 2008 um knapp 1,8 Prozent gesunken. Laut Eurobarometer würde rund ein Viertel der Befragten im Jahr 2010 am ehesten bei so genannten Wellness-Ausgaben sparen, 21 Prozent gaben an, beim Shopping im Urlaub etwas weniger spendierfreudig zu sein. **ARCD**



Presse-Information

Diese Meldung hat 2.196 Zeichen.

Lenk- und Ruhezeiten auch für Fahrer von Kleinlastern gefordert

Bad Windsheim (ARCD) – Für Jos Dings, Direktor des Brüsseler Umweltaktivisten-Büros Transport & Environment (T&E), ist die drastische Zunahme kleiner Lieferwagen unter 3,5 Tonnen Gesamtgewicht auf Europas Straßen keineswegs Zufall. „Wenn man Güter billig transportieren will, dann setze man einen Studenten in ein Lieferauto und schicke ihn auf die Autobahn. So sparen Frachtunternehmen bei Maut- und Lohnkosten, denn sie brauchen sich weder um Sozialgesetzgebung, Emissionsgrenzen noch um Tempolimits im Güterverkehr kümmern“, so Dings im Gespräch mit dem Auto- und Reiseclub Deutschland (ARCD). Die Absenz einer EU-Gesetzgebung für Kleinlasten begünstigt seiner Ansicht nach die Wettbewerbsverzerrung im Güterverkehr und stelle ein höheres Sicherheitsrisiko für alle dar. Als Autofahrer „fürchte“ er sich, wenn ein Kleinlaster im Rückspiegel auftauche, so Dings. Denn aufgrund fehlender Einschränkungen der Lenkzeiten wären Fahrer von Lieferwagen eher übermüdet als ihre Kollegen im Lkw und die Fahrzeuge mangels Kontrollen zudem oft überladen. Die Anzahl von Kleintransportern ist in der EU im Zeitraum von 2002 bis 2005 drastisch angestiegen (+ 50 Prozent). Sie machen heute zwischen 12 und 13 Prozent der leichten EU-Flotte aus. Dieses Problem ist nun auch einigen EU-Abgeordneten ins Auge gestochen. In der jüngsten Sitzung des Sozial- und Beschäftigungsausschusses brachte die Berichterstatterin Edit Bauer, Abgeordnete der Europäischen Volkspartei, zur Arbeitszeitregelung für Lkw-Fahrer einen Antrag auf Einbeziehung der Fahrer leichter Nutzfahrzeuge in die Bestimmungen für Lenk- und Ruhezeiten ein. Die Unterstützung der sozialdemokratischen und grünen Fraktionsmitglieder ist Bauer bereits sicher, Widerstand regt sich jedoch in den eigenen Fraktionsreihen. Der Europa-Abgeordnete Thomas Mann (CDU) sieht „keine Notwendigkeit für derartig drastische, kostenintensive Maßnahmen“. EU-Verkehrskommissar Siim Kallas hat sich bislang in dieser Frage nicht zu Wort gemeldet. Wie der ARCD befürwortet, könnte er jedoch auf Anregung der EU-Abgeordneten einen ausgewogenen Antrag für Kleinlasten vorbringen und damit für mehr Straßenverkehrssicherheit sorgen, ohne den Zustellungsverkehr zu erschweren.

ARCD

Diese Meldung hat 2.284 Zeichen.

Über den ARCD

Der Auto- und Reiseclub Deutschland e.V. mit Sitz im fränkischen Bad Windsheim ist Deutschlands einziger Auto- und Reiseclub. Von hier aus betreut der ARCD seine rund 100.000 Mitglieder individuell und rund um die Uhr – mit eigener, permanent besetzter Notrufzentrale und 1.400 Pannenhelfern allein in Deutschland. Im europäischen Ausland arbeitet der ARCD mit den dort etablierten Assisteuren und Versicherern zusammen. Neben umfassenden Schutzbriefleistungen und der Unterstützung durch einen speziellen Clubhilfe-Fonds bietet der ARCD seinen Mitgliedern vielfältige und exklusive touristische Leistungen. Als Gründungsmitglied des 2007 aus der Taufe gehobenen Verbundes Europäischer Automobilclubs EAC engagiert sich der ARCD zudem aktiv in allen Fragen der Verkehrspolitik und Verkehrssicherheit im Sinne seiner Mitglieder. Diese informiert der Club mit der Zeitschrift „Auto&Reise“ unterhaltsam und kompetent über alles Wissenswerte rund um die Titelthemen des Magazins.

